

Aus Wut wird Widerstand

Die Bewegung der »Empörten« ist in Hellas angekommen. Nun besetzen auch in Griechenland Abertausende zorniger Bürger zentrale Plätze

Von Heike Schrader, Athen



Immer mehr Griechen gehen gegen Sozialraub, Privatisierungsdiktat und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen auf die Straße (Demonstration in Athen, 28. Juni 2011)

Foto: AP

Ihre »Feuertaufe« erhielten die »Empörten« von Griechenland beim Generalstreik Mitte dieser Woche. Während gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Staatsmacht schoß die Polizei Tonnen von Tränengas und Hunderte Blindgranaten in die auf dem Athener Syntagma-Platz versammelte Menge sowie in die unterirdische Metrostation, in der Tausende Schutz gesucht hatten. Mehrere hundert Verletzte wurden in einer selbstorganisierten Sanitätsstation verarztet, über 50 ins Krankenhaus gebracht. Doch vertreiben ließen sich die »Empörten« nicht. Die Mutigsten bildeten Ketten und drängten die Polizei vom Platz, viele andere füllten den Platz erneut, sobald sich der beißende Nebel gelegt hatte. Und noch während die Polizei den Platz angriff, rief man auf dem eigenen Internetportal dazu auf, sich auch am nächsten Abend wieder hier zu versammeln.

»Wirkliche Demokratie jetzt«

Schon bald nachdem in Tunesien und Ägypten zu Beginn des Jahres massenhafte Proteste begonnen hatten, wurde auch in Hellas versucht, an diese Bewegungen anzuknüpfen. Als in den von Griechenland weder geographisch noch mental weit entfernten Staaten der Aufstand auf den Plätzen in vollem Gange war, wurde im Internet dazu aufgerufen, sich zu Protesten gegen die eigenen Herrschenden auf dem Syntagma-Platz, dem »Platz der Verfassung« direkt vor dem griechischen Parlament, zu versammeln. Aber die sozialen und politischen Unterschiede zwischen den nordafrikanischen, von krassen Einkommensunterschieden und autoritären Regierungen geprägten Staaten, und der bürgerlichen Demokratie in Griechenland gaben dann wohl doch den Ausschlag dafür, daß die Aufrufe zunächst ungehört verhallten.

Erst als in Spanien die Plätze mit der Forderung »Wirkliche Demokratie jetzt« besetzt wurden, sprang der Funke auch nach Athen über. Dabei war der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hatte, vielleicht nur ein Mißverständnis: Die »Empörten« von Madrid hätten ironisch zur Stille aufgerufen, um »die Griechen nicht aufzuwecken«, lautete die Nachricht, die sich wie ein Lauffeuer auf diversen griechischen Blogs verbreitete. Ausschlaggebend aber dürfte die Ähnlichkeit der spanischen und der griechischen Problemlage gewesen sein. Beide Länder gelten als Schuldensünder der EU, ihnen wird ein drastisches Programm von Leistungskürzungen und Steuererhöhungen verordnet.

Als sich am Mittwoch, dem 25. Mai, in Griechenland zum ersten Mal Abertausende auf den zentralen Plätzen vieler Städte versammelten, richteten sich die Proteste wie in Spanien vor allem gegen die »korrupten Politiker«, die das Land erst in die Krise geritten hätten. Allein in Athen versammelten sich mehrere zehntausend Menschen vor dem Parlament. Bis tief in die Nacht – die letzten Teilnehmer verließen den Platz erst am Donnerstag morgen – protestierten sie gegen die brutalsten Sparmaßnahmen, die sie je erlebt haben, und gegen deren Verursacher. »Diebe, Diebe« wurde wie schon bei anderen Gelegenheiten den »Volksvertretern« im Parlament zugerufen. »Wir sind wach, für euch ist es Zeit zu gehen«, stand in spanischer Sprache auf einem der wenigen Transparente. »Alles für alle«, lautete die griechische Botschaft auf einem zweiten.

An diesem Abend wurde auch die erste Resolution der neuen Bewegung unter dem Titel »Direkte Demokratie jetzt« verabschiedet und auf dem kurz danach gegründeten Portal real-democracy.gr veröffentlicht.

»Seit langem werden Entscheidungen über uns ohne uns getroffen«, erklären darin die versammelten »Erwerbstätigen, Arbeitslosen, Rentner, Jugendlichen, die wir zum Syntagma-Platz gekommen sind, um für unser Leben und unsere Zukunft zu kämpfen«. Und sie waren entschlossen zu bleiben. »Wir werden nicht eher von den Plätzen verschwinden, bis all die verschwunden sind, die uns hierher gebracht haben: Regierungen, die Troika (gemeint ist das Dreigespann der Kreditgeber aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank – d.A.), Banken, Sparmemoranden und alle, die uns ausbeuten. Wir verkünden ihnen, daß die Schulden nicht unsere sind.« Seitdem treffen sich Abend für Abend Tausende der – nach der griechischen Übersetzung des spanischen »Indignados« – »Aganaktismenoi« (»Empörte«) Genannten auf den zentralen Plätzen der größten Städte des Landes.

Flüche gegen »Volksvertreter«

Das Herz der Bewegung schlägt in der Hauptstadt und hat zwei Kammern. Oben, auf dem Boulevard direkt vor dem Parlament, bietet sich Abend für Abend das gleiche Bild: Tausende schimpfen sich mit teils grandiosen, größtenteils allerdings nicht zitierfähigen Parolen den Frust von der Seele und verfluchen ihre Volksvertreter mit der dafür typischen ausgestreckten Hand. Darunter befinden sich viele enttäuschte Wähler der sozialdemokratischen Regierungspartei -PASOK, auch »wenn das jetzt keiner mehr zugibt«, wie eine Demonstrantin lachend anmerkt. Sie selbst gehört zu den vielen, die ihre Stimme eher der konservativen Opposition geben würden.

Hier »oben« steht der patriotische Widerstand gegen korrupte Politiker und den geplanten Ausverkauf des nationalen Reichtums im Vordergrund, werden griechische Fahnen geschwenkt, und man bezieht sich ausgiebig und gern auf die glorreiche antike Vergangenheit. An der Entwicklung von Strategien, mittels derer man die Hauptforderung– »nehmt euer Memorandum und verschwindet« – auch umsetzen könnte, wird hier nicht gearbeitet. Die einzige Ausnahme bildet die Gruppe der »300« – in Anlehnung an die 300 spartanischen Kämpfer, die sich 480 vor unserer Zeitrechnung heroisch einer Übermacht von Persern entgegengestellt haben sollen, aber auch im Gegensatz zu den 300 Abgeordneten im derzeitigen Parlament. Die Gruppe organisiert verschiedene Veranstaltungen mit meist aus der Wissenschaft

stammenden Rednern und sammelt Unterschriften für ihre Forderungen, darunter die nach Annullierung des Memorandums, die Streichung der Schulden und die Aufhebung der Immunität für Abgeordnete.

Insgesamt kommt man »oben« über die Artikulierung der Forderungen nach dem »Verschwinden« von Memorandum und Abgeordneten sowie der Bestrafung der für die Krise verantwortlich gemachten korrupten Politiker nicht hinaus. Trotzdem sind die allabendlichen Proteste hier wichtig, zum einen, weil sie Tausenden eine Möglichkeit der kollektiven Äußerung ihrer Wut bieten. Zum anderen, weil sie den Herrschenden deutlich machen, wie dünn das Eis der angeblichen »Zustimmung innerhalb der Bevölkerung ist«, die von Ministerpräsident Giorgos Papandreou immer wieder herbeifabuliert wird. Einer Umfrage Mitte Juni zufolge befürworten 86 Prozent der Befragten die Proteste, an denen 35 Prozent schon selbst teilgenommen haben. Rechnet man die 31 Prozent der Befragten, die (auch) in Zukunft auf den Plätzen protestieren wollen, auf den volljährigen Teil der Bevölkerung hoch, dann wären mittlerweile fast drei Millionen Menschen im elf Millionen Einwohner zählenden Griechenland entschlossen, ihren Unmut auf die Straße zu tragen.

Hat man sich oben auf dem Boulevard ausgetobt und steigt die Stufen zum eigentlichen Platz herab, ändert sich die Atmosphäre. »Unten« dominiert die Linke Griechenlands, ob organisiert oder nicht. Hier wird bereits seit den ersten Tagen in einem Zeltlager direkt auf dem Platz an ersten Strukturen einer Gegenwelt experimentiert. Schon nach einer Woche war im Vergleich zum ersten Abend »ein Unterschied wie Tag und Nacht« zu verzeichnen, wie Panos von der platzeigenen Mediengruppe die rasanten Entwicklungen beschreibt. Mehr als ein Dutzend Arbeitsgruppen– Tendenz schnell steigend – kümmerten sich da bereits um die Organisation des täglichen Zusammenlebens, erörterten thematische Schwerpunkte wie Migration und Krise sowie die Frage, wie die Schulden entstanden sind, und entwickelten Ideen für Theorie und Praxis des weiteren Vorgehens. In den Arbeitsgruppen gereifte Resolutionen oder Vorschläge werden in die allabendlich von 21 Uhr bis tief in die Nacht tagende Vollversammlung eingebracht. Hier hat jede und jeder 1,5 Minuten Rederecht, die Reihenfolge der Beiträge entscheidet das Los. Protokoll und Beschlüsse des Plenums werden auf real-democracy.gr veröffentlicht.

Politisches Volksfest



Auf dem Athener Syntagma-Platz versammeln sich Menschen aus allen Generationen, unterschiedlichsten sozialen Schichten und politischen Strömungen (19. Juni 2011)
Foto: AP

Außerhalb der Versammlungen erinnert vieles an ein Volksfest. Würstchen, Bier und Souflaki werden verkauft, Mobilfunkbetreiber haben transportable Antennen am Platz, um die Unmengen an SMS, Foto- und Videonachrichten bewältigen zu können, die vor allem sonntags verschickt werden. Aber es ist ein politisches Volksfest, die Gespräche der den ganzen Tag über in Gruppen herumstehenden oder sitzenden Besucher drehen sich fast ausschließlich um die auch in den Plena verhandelten Themen. Überall hängen handgemalte Plakate, die vom Widerspruchsgeist der hier Versammelten künden. »Goldman sucks« steht auf einem geschrieben. Daneben hängen zahlreiche Karikaturen, die die Regierung bei der Zerstörung des Landes zeigen oder den Präsidenten der Republik mit den drei

Affen, die »nichts hören, nichts sehen, nichts sagen«, vergleichen; wieder andere erinnern daran, daß »man nicht zum Spaß gekommen ist«.

Bei der platzeigenen Kinderbetreuung haben die Kleinen ihre Werke an einer Schnur aufgehängt, täglich kommen neue Bilder dazu. Vor ihrem Zelt übt die Künstlergruppe eine Pantomime ein, andere sind dabei, den dunkelgrünen Mülleimern einen farbenfroheren Anstrich zu verpassen. Auffällig ist, daß alle Platzregeln in der Wir-Form und nicht als Befehl geschrieben sind. Abends und am Wochenende finden Diskussionsveranstaltungen, künstlerische Darbietungen oder Konzerte statt.

Dominierten anfangs bei Gesprächen und Wortbeiträgen in den Versammlungen die Beschwerden über die gegenwärtige Situation, sind die Diskussionen mittlerweile stärker an der Suche nach Wegen zur Veränderung der Verhältnisse orientiert. Das macht das Miteinander nicht leichter, denn hier gehen die Meinungen stärker auseinander.

Problematisch ist vor allem das Verhältnis der Bewegung zu Gewerkschaften und linken Parteien. Auch wenn die am Syntagma-Platz Versammelten sich von Anfang an solidarisch mit Streiks und Arbeitskämpfen erklärten, steht man den durchweg parteikontrollierten Gewerkschaftsspitzen kritisch gegenüber. Den meisten ist dennoch klar, daß die Erringung der eigenen Ziele nur über die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Erwerbstätigen möglich ist. Wurde Ende Mai die erste am Platz vorbeiziehende Demonstration der Gewerkschafter des staatlichen Stromkonzerns DEI aufgrund ihrer engen Verzahnung mit der regierenden PASOK noch ausgebuht, hat die Versammlung am 21. Juni die Beteiligung an den Streikwachen der -GENOP-DEI beschlossen. Vertreter von Arbeiterorganisationen werden zu den Versammlungen eingeladen, in Beschlüssen wird für einen »politischen Generalstreik« geworben. Schwieriger ist das Verhältnis zu den linken Parteien, doch auch hier ist die anfängliche Totalablehnung am Aufweichen. Wurden organisierte Flugblattverteiler anfangs noch vom Platz gejagt, so werden sie mittlerweile zumindest geduldet. Den Basisdemokraten vom Platz ist der demokratische Zentralismus der außerparlamentarischen Linken ebenso suspekt wie die Einbindung der beiden großen linken Parteien – der Kommunistischen Partei (KKE) und des Linksbündnisses SYRIZA– in das Treiben im Parlament. Eine Arbeitsgruppendifkussion über die Gründung einer eigenen Partei wurde nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Man sei »nicht hierhergekommen, um die eigenen Angelegenheiten wieder an andere zu delegieren, sondern um dafür zu sorgen, daß sie einem nicht wieder aus der Hand genommen werden«, lautet das meistgehörte Argument gegen die Organisierung in Parteistrukturen. »So etwas braucht Zeit zum Reifen, im jetzigen Zustand würde ich uns auch nicht wählen«, sagt sogar so mancher Befürworter einer Parteigründung, von denen nicht wenige ohnehin selbst Mitglied einer der zahlreichen Organisationen der außerparlamentarischen Linken sind. Denn die ist, wenn auch mehr oder weniger »inkognito«, in fast ihrer ganzen Bandbreite auf dem Platz vertreten. Besonders in den Arbeitsgruppen mit Schlüsselfunktionen, wie der Moderation der Vollversammlungen oder den Kontakten zu den Medien, trifft man auf die altbekannten Gesichter von Funktionären. Ein Großteil der außerparlamentarischen Linken sieht in den Plätzen eine Chance für weitreichende Veränderungen, für die im Parlament vertretene Linksallianz SYRIZA wächst hier sogar das neue revolutionäre Subjekt heran.

»Großer Gegenangriff«

Einige, darunter die Kommunistische Partei als größte Kraft der griechischen Linken, stehen jedoch der neuen Protestbewegung sehr kritisch gegenüber. In einer dreiseitigen Erklärung des Politbüros vom 7. Juni begrüßte die KKE einerseits die Proteste und nannte es »ermutigend, wenn Volk und Jugend auf die Straße gehen, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen«. Dies könne ein Klima für Umwälzungen schaffen, wenn es sich zu einer entschlosseneren Beteiligung an der organisierten klassenbewußten Volksbewegung entwickle.

Andererseits, so die KKE, führe die Losung »Nieder mit dem Memorandum« nicht weiter, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Forderung »Nieder mit den Monopolen, der EU und den Parteien, die ihnen dienen« verbunden werde. Der Protest gegen die Arbeitslosigkeit habe nur Sinn, wenn er mit dem Kampf um die Vergesellschaftung der großen Unternehmen verbunden werde. Denn solange es Kapitalismus gäbe, würden Arbeitsplätze vernichtet, Löhne gekürzt und Rechte mißachtet. »Die bekannten vorgebrachten oberflächlichen und populistischen Parolen von ›Dieben‹ und ›Lügnern‹ sprechen den tatsächlichen Schuldigen frei, die Plutokratie, die das Volk und den natürlichen Reichtum des Landes legal ausraubt.« Die auf den Plätzen zu hörenden Parolen gegen Parteien und Gewerkschaften sind für die KKE von »bestimmten Zirkeln vorgegeben«, »reaktionär« und zur »Verwirrung des Volkes« gedacht. Damit hätten Regierung und die anderen Parteien die Möglichkeit, die KKE mit den bürgerlichen Parteien in einen Topf zu werfen und zu verschleiern, »daß die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsfront PAME im Gegensatz zu den regierungs- und unternehmerfreundlichen Gewerkschaftsdachverbandsmehrheiten entschlossen und klassenbewußt für die Rechte der Erwerbstätigen kämpft«. Der Herrschaftsapparat habe ein Interesse daran, die Empörung möglichst unscharf zu halten und sie durch am Wesen der Sache vorbeigehende Parolen oder eine reaktionäre Ideologie aufzufangen. Das ermögliche es, den Forderungen ein beliebiges Etikett zu verpassen, dem Zorn der Bevölkerung ein Ablassventil zu geben und sie in Defätismus umzuleiten. »Die anwachsende Wut des Volkes beunruhigt die Plutokratie, versetzt sie aber nicht in Furcht, da sie weiß, daß ihr dessen Aktionen ohne Organisation und Klassenbewußtsein nicht gefährlich werden können.«

Im Gegenteil, diese könnten dazu genutzt werden, die Regierungsparteien zu einer noch reaktionäreren und aggressiveren Politik zu drängen oder das Feld für die Gründung neuer unverbrauchter Systemparteien zu bereiten, die den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen könnten. Ohne sich »hinter Persönlichkeiten zu verschanzen, den Parteilosen zu spielen oder zu versuchen, dem Volk die eigenen Parolen unterzuschieben«, fordert die KKE deshalb alle »Kräfte des Volkes und insbesondere diejenigen, die Jahre lang -PASOK und (der konservativen Partei – d.Red.) Nea Dimokratia gefolgt sind« auf, sich an der Seite der KKE zum »großen Gegenangriff«, zur Übernahme der Macht zu vereinen.

Im Gegensatz zu anderen Gelegenheiten, wo KKE und PAME nach Möglichkeit jede Berührung mit einer von ihnen kritisierten neuen Bewegung vermieden, gehen die Kommunisten hier anders vor. So zog die Demonstration der PAME bei beiden Generalstreiks vor das Parlament und wandte sich mit Redebeiträgen an die dort Versammelten. Und auch sonst kann man gelegentlich KKE-Mitglieder am Syntagma-Platz treffen, allerdings nicht viele, »denn sonst wären wir hier doppelt so stark«, wie einer der Platzbewohner treffend bemerkte.

Auch die Demonstrationen der Gewerkschaftsdachverbände, der außerparlamentarischen Linken und der Autonomen zogen bei den beiden Generalstreiks im Juni vor das Parlament. Über die dabei erlebten Straßenschlachten mit der Polizei ist man auf dem Platz geteilter Meinung. Für viele der sich bewußt zur Gewaltfreiheit, ebenso aber auch zur Regelübertretung bekennenden »Empörten« sind dies von der Gegenseite provozierte Aktionen, um den eigenen Kampf zu diskreditieren und die Leute vom Platz zu verjagen. Andere sind der Ansicht, daß man den jeweils anderen Kräften nicht die Kampfformen vorschreiben kann. Überdies ist den meisten klar, daß die Gegenseite auch friedlichem Widerstand früher oder später mit Gewalt begegnet. Polizeiübergriffe gegen die Masse der Demonstranten werden – egal, wovon sie ausgelöst wurden – einhellig verurteilt. Vertreiben läßt man sich dadurch nicht.

Perspektive unklar

Vom Syntagma-Platz ausgehend wurden mittlerweile basisdemokratische Versammlungen in mehr als 20 Stadtteilen Athens gegründet. Auch hier werden weitreichende Beschlüsse gefaßt, wie etwa in Nea Filadelfia, einem Kleinbürgerviertel im Nordwesten der Hauptstadt, wo beschlossen wurde, Wohnungsräumungen und dem Sperren von Strom oder Wasser wegen Überschuldung aktiven Widerstand entgegenzusetzen und den Betroffenen Strom und Wasser auf eigene Faust wieder anzustellen. Der Praxistest derart radikalen zivilen Ungehorsams steht allerdings noch aus.

Eine Gefahr für das System selbst geht von der Bewegung auf den Plätzen (noch) nicht aus, eine Gefahr für dessen derzeitige Protagonisten und die von ihnen verfolgte Kürzungspolitik dagegen schon. Die Systemfrage selbst wird auch auf den Plätzen nur von einer Minderheit entschlossen gestellt, die Mehrheit wäre mit einem Kapitalismus mit menschlicherem Antlitz zufriedenzustellen. Wie lange die Bewegung sich auf den Plätzen halten wird und was sie erreichen kann, steht aber noch in den Sternen. Für die Optimisten ruft auch die in Kürze anstehende Sommerpause mit ihren unerträglichen Temperaturen keinen Bruch hervor. »Wo sollen wir auch hin, wo es für viele schon für die drei Euro für den Bus zum Strand und zurück nicht mehr reicht«, meint zum Beispiel Ilias, überzeugt davon, daß sich die Bewegung halten wird. Andere sind pessimistischer, wie Penelopi, derzufolge Enttäuschung und Hitze die Leute von den Plätzen treiben werden. »Und im Herbst müssen wir dann von vorn anfangen.« Doch wie immer das derzeitige Experiment auch ausgeht, die hier in diesen Wochen gemachten Erfahrungen kann man den Menschen nicht wieder wegnehmen. Daran kann immer wieder angeknüpft werden.